

## 8 Ausländische Bevölkerung

Ausländische Staatsangehörige sind eine Teilgruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (vgl. Kapitel 7.1). Die Datenquellen zur Gewinnung von Informationen über die ausländische Bevölkerung<sup>266</sup> in Deutschland sind – neben dem Mikrozensus – die Bevölkerungsfortschreibung und das Ausländerzentralregister (AZR).

Basierend auf diesen Datenquellen betrug zum Jahresende 2020 die Anzahl der ausländischen Bevölkerung je nach Erhebungsmethode zwischen 10,6 Millionen (Bevölkerungsfortschreibung) und 11,4 Millionen Personen (AZR). Die Angabe aus dem Mikrozensus liegt mit 10,3 Millionen Personen etwas unter dem Wert der Bevölkerungsfortschreibung. Im Folgenden werden diese unterschiedlichen Angaben näher erörtert.

### Unterschiede zwischen Mikrozensus und Ausländerzentralregister

Die Differenz zwischen der Zahl aus dem AZR (11,4 Millionen) und der im Mikrozensus 2020 ermittelten Zahl von 10,3 Millionen Ausländerinnen und Ausländern (vgl. Kapitel 7.1) ergibt sich zum einen daraus, dass im Mikrozensus nur die Bevölkerung in Privathaushalten ausgewiesen ist, während im AZR auch in Gemeinschaftsunterkünften<sup>267</sup> wohnhafte Menschen enthalten sind. Zum anderen sind im AZR die Korrekturen durch den Zensus 2011 nicht berücksichtigt, die aber ihren Niederschlag in der Bevölkerungsfortschreibung und der darauf bezogenen Hochrechnung des Mikrozensus finden.<sup>268</sup>

### Unterschiede zwischen Bevölkerungsfortschreibung und Ausländerzentralregister

Die Bevölkerungsfortschreibung liefert zur ausländischen Bevölkerung demografische Angaben (Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Alter und Familienstand). Das AZR stellt neben diesen Größen zusätzlich Angaben zum Aufenthaltsstatus und zur Aufenthaltsdauer bereit. Die Bestandszahlen der ausländischen Bevölkerung aus beiden Quellen weichen jedoch infolge unterschiedlicher inhaltlicher Abgrenzungen, Berichtswege und Erfassungsverfahren voneinander ab.

Die Erfassung im AZR richtet sich nach ausländerrechtlichen Bestimmungen. Ausländische Staatsangehörige<sup>269</sup> werden im Zuge der kommunalen melderechtlichen Registrierung erfasst, d. h. nur dann, wenn sie sich länger als 3 Monate in Deutschland aufhalten oder einen Aufenthaltstitel beantragt haben (§ 2 Abs. 1 AZRG). Hierzu liefern die einzelnen lokalen Ausländerbehörden die entsprechenden Personenstandsdaten an das AZR. Ein unmittelbarer Vergleich der Ergebnisse mit der laufenden Bevölkerungsforschung ist damit auch wegen der unterschiedlichen Zeitkriterien nicht möglich.

Das AZR ermöglicht eine weitergehende Differenzierung der ausländischen Bevölkerung als die Bevölkerungsfortschreibung und der Mikrozensus. Deshalb werden im Folgenden überwiegend AZR-Daten verwendet. Beim Vergleich mit der deutschen bzw. der Gesamtbevölkerung werden hingegen die Daten der Bevölkerungsfortschreibung herangezogen (siehe auch Tabelle 8-5 im Anhang).

### Entwicklung der ausländischen Bevölkerung insgesamt

Seit den 1990er-Jahren lag die Zahl der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit viele Jahre zwischen 7 und 8 Millionen (vgl. Abbildung 8-1). Durch die hohe Migration in den letzten Jahren stieg die Zahl der ausländi-

<sup>266</sup> Grundlage der Ausländerbestandsstatistik ist der rechtliche Begriff von ausländischen Staatsangehörigen (siehe dazu Kapitel 1). Als Ausländerin bzw. Ausländer gelten alle Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dazu zählen auch staatenlose Personen.

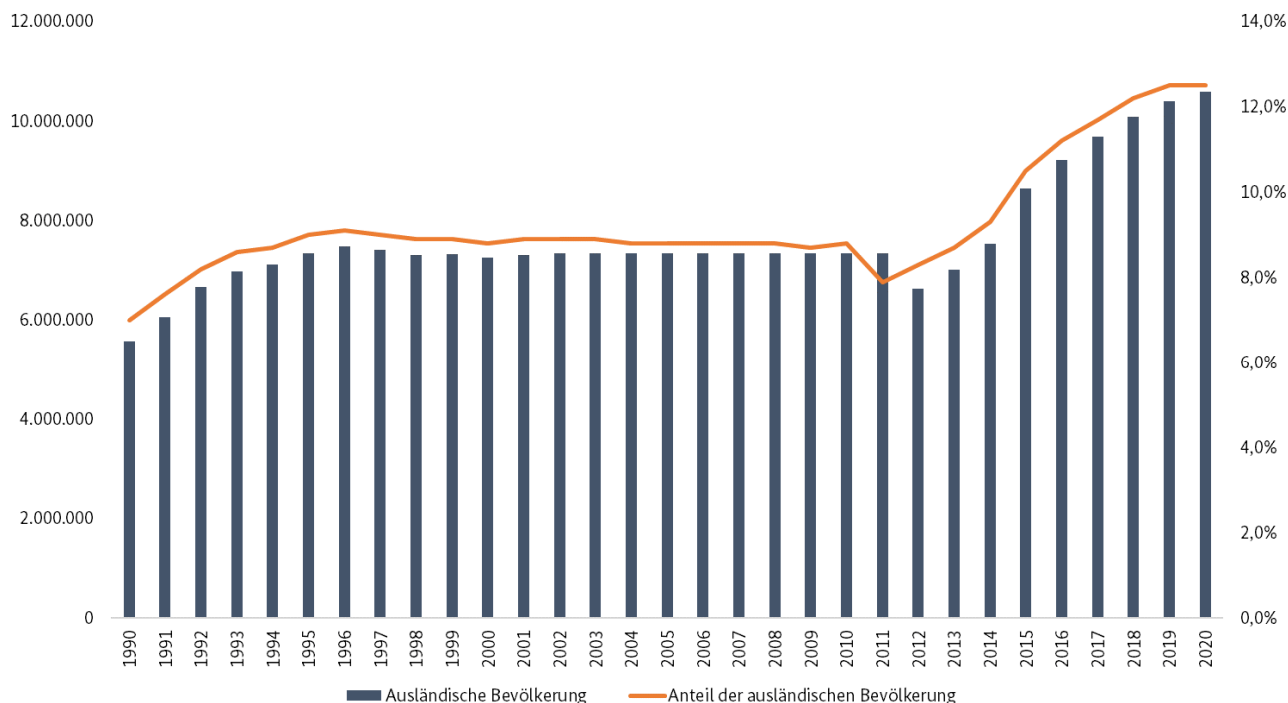
<sup>267</sup> Zu Gemeinschaftsunterkünften zählen beispielsweise Krankenhäuser, Behindertenwohnheime, Alten- und Pflegeheime, Flüchtlingsunterkünfte, geschlossene Heime, Klöster und Gefängnisse. Vgl. zur Struktur und zur Erfassung dieser Bevölkerungsgruppe im Mikrozensus Schanze (2019).

<sup>268</sup> Vgl. die Pressemitteilung Nr. 314 des Statistischen Bundesamtes vom 21. August 2019.

<sup>269</sup> Deutsche, die zusätzlich eine oder mehrere weitere ausländische Staatsangehörigkeiten besitzen, gehen nicht ins AZR ein.

schen Staatsangehörigen in Deutschland auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung auf rund 10,6 Millionen Personen (Stand: 31. Dezember 2020, vgl. Tabelle 8-4 im Anhang). Dies entspricht einem Anteil von 12,7 % an der Gesamtbevölkerung. Tabelle 8-5 im Anhang gibt einen Überblick über die Verteilung der ausländischen Bevölkerung nach Bundesländern.

Abbildung 8-1: Ausländische Bevölkerung in Deutschland seit 1990 nach der Bevölkerungsfortschreibung<sup>1</sup>



Ab Berichtsjahr 2011 Ergebnis auf Grundlage des Zensus 2011. Die Bevölkerungsentwicklung 2017 ist aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Erläuterungen dazu finden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zum Bevölkerungsstand.

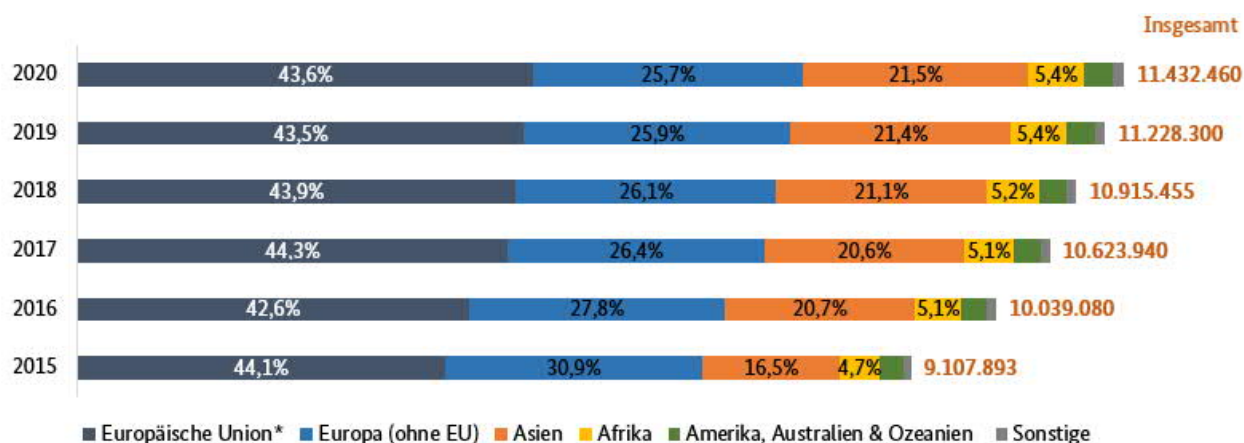
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

## 8.1 Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten

Ende 2020 lebten nach Angaben des AZR 11.432.460 ausländische Staatsangehörige in Deutschland. Im Vergleich zu 2019 hat sich die ausländische Bevölkerung damit nur geringfügig verändert (+1,8 %). Stärkere Veränderungen lassen sich über einen größeren Zeitraum zwischen 2015 bis 2020 beobachten, in diesem Zeitraum ist die ausländische Bevölkerung um 25,5 % gewachsen (vgl. Abbildung 8-2). Diese Entwicklung geht wesentlich auf das Migrationsgeschehen der Jahre 2015 und 2016 zurück, welche durch hohe Zuwanderungen im Kontext der Fluchtzuwanderung gekennzeichnet waren. Seit 2017 fallen allerdings die Veränderungen gegenüber den Vorjahren nicht mehr so stark aus.

Von den 11,4 Millionen Ausländerinnen und Ausländern besitzt ein Großteil die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates (inkl. des Vereinigten Königreichs, 43,6 %) oder eines weiteren europäischen Staates außerhalb der EU (25,7 %). Als Nächstes folgen Personen mit einer asiatischen Staatsangehörigkeit (21,5 %). Den geringsten Anteil an der ausländischen Bevölkerung weisen bei der Betrachtung nach Kontinenten Staatsangehörige aus Afrika (5,4 %) bzw. Amerika, Australien und Ozeanien und Sonstige (3,8 %) auf (vgl. Abbildung 8-2).

Abbildung 8-2: Ausländische Bevölkerung nach Herkunftsregionen, 2015 bis 2020<sup>1</sup>



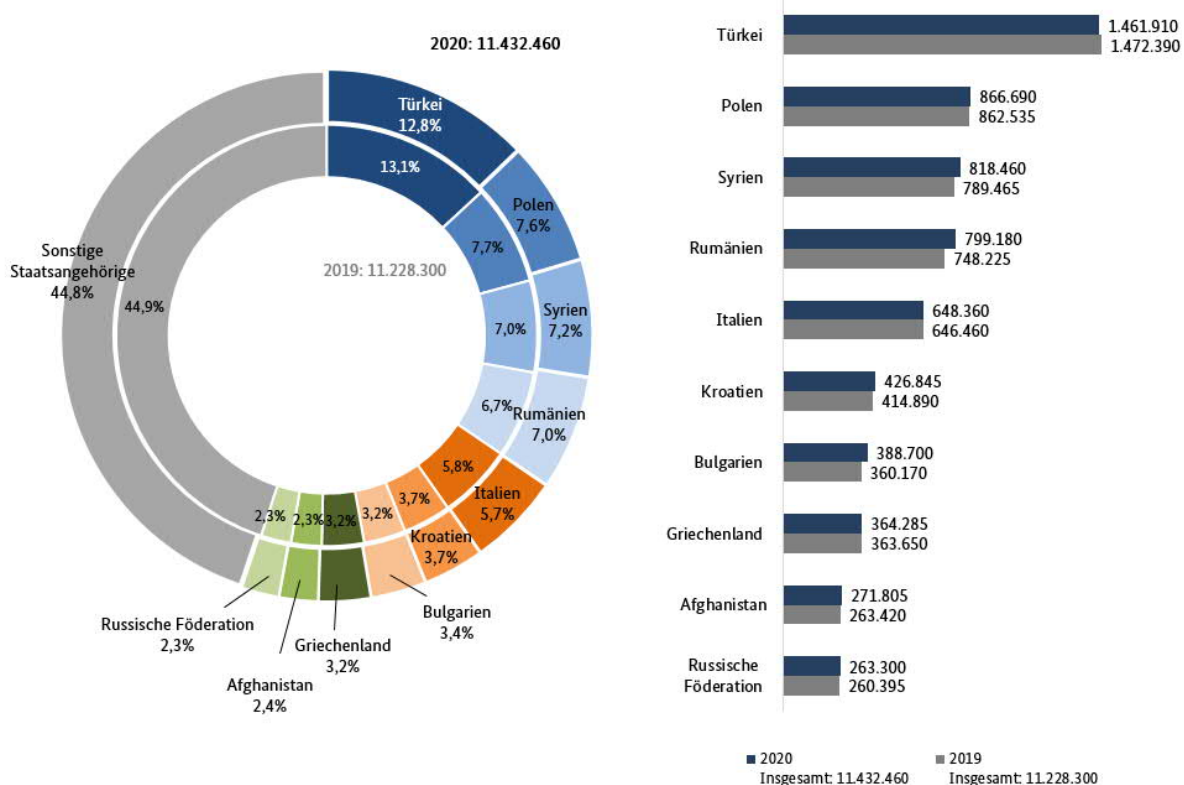
Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

\*) Im Jahr 2020 wurde das Vereinigte Königreich noch zu den EU-Staaten gezählt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

Die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung nach einzelnen Staatsangehörigkeiten hat sich zwischen 2019 und 2020 kaum verändert. Die größte Personengruppe stellten türkische Staatsangehörige mit rund 1,46 Millionen Personen (12,8 %). Ihre Anzahl sank damit im Vergleich zum Vorjahr um 10.480 Personen.<sup>270</sup> Bereits in den Vorjahren war jeweils ein Rückgang der türkischen Staatsangehörigen zu verzeichnen (vgl. Abbildung 8-3 und Tabelle 8-6 im Anhang). Unter den EU-Staatsangehörigen entfallen besonders hohe Anteile auf polnische (7,6 %), rumänische (7,0 %) und italienische Staatsangehörige (5,7 %).

Abbildung 8-3: Ausländische Bevölkerung nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten, 2019 und 2020



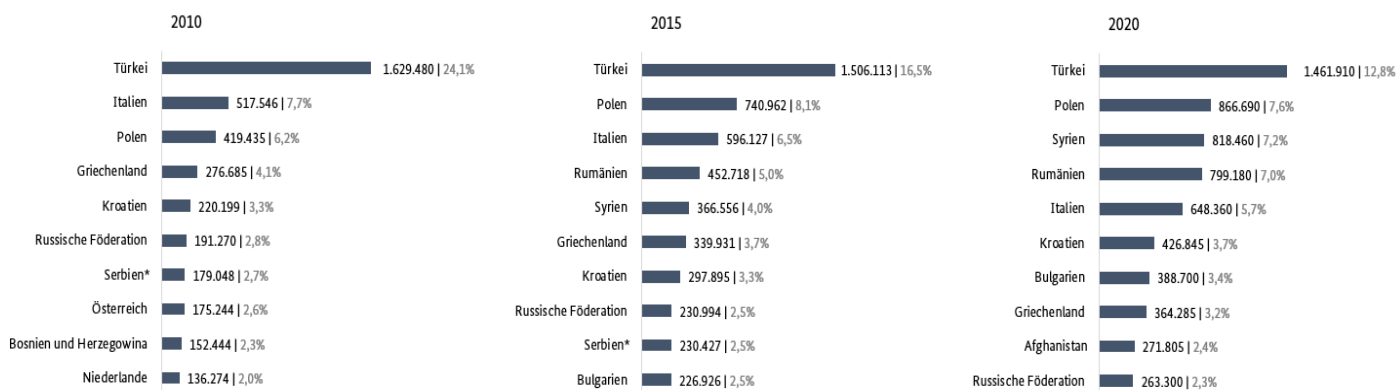
Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

<sup>270</sup> Der Rückgang bei türkischen Staatsangehörigen in den letzten Jahren ist unter anderem auf weniger Zuwanderung aus der Türkei sowie auf Einbürgerungen und ius-soli-Deutsche zurückzuführen (vgl. Worbs 2008).

Die Zahl der Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten steigt seit 2004, dem Jahr des EU-Beitritts der ersten dieser Staaten, kontinuierlich an. Nach dem EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 lässt sich ebenfalls ein deutlicher Anstieg der Zahl der Staatsangehörigen aus diesen Ländern feststellen. Die Zahl der rumänischen Staatsangehörigen in Deutschland ist seit 2004 von rund 73.400 auf rund 800.000 Personen gewachsen. Die Zahl der bulgarischen Staatsangehörigen erhöhte sich im gleichen Zeitraum von rund 39.000 auf etwa 389.000 Personen. Der Anstieg bei rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen liegt insbesondere in dem seit 2007 stark angewachsenen Wanderungsüberschuss aus diesen Staaten begründet.

Relativ neu sind hingegen die gestiegenen Anteile von syrischen (7,2 %), afghanischen (2,4 %) und irakischen Staatsangehörigen (2,3 %).<sup>271</sup> Diese Entwicklung hängt größtenteils mit der humanitären Zuwanderung in den Jahren 2015 und 2016 zusammen. Die Anzahl der syrischen Staatsangehörigen ist allein zwischen 2015 bis 2020 von 366.556 auf 818.460 gewachsen (+123,3 %). Im selben Zeitraum ist die Anzahl von afghanischen Staatsangehörigen um +106,8 % und von irakischen Staatsangehörigen um +90,3 % gestiegen (vgl. Tabelle 8-6 im Anhang).

Abbildung 8-4: Ausländische Bevölkerung nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten in den Jahren 2010, 2015 und 2020 (absolut und in Prozent)



\*) Mit und ohne Kosovo.

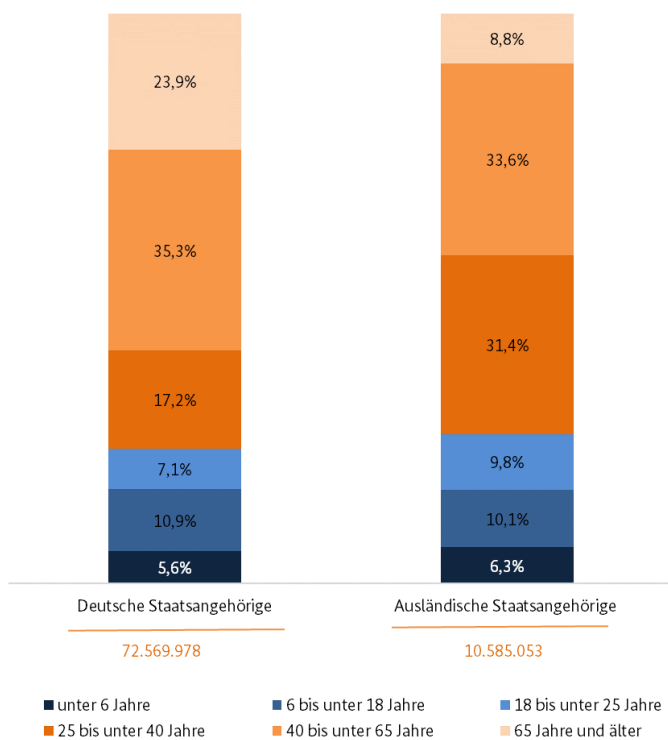
Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

### 8.1.1 Alters- und Geschlechtsstruktur

Bei einem Vergleich der Altersstruktur der deutschen und der ausländischen Bevölkerung zeigt sich, dass Letztere deutlich jünger sind. So waren 57,6 % der ausländischen Bevölkerung im Jahr 2020 jünger als 40 Jahre, während dies nur auf 40,8 % der deutschen Bevölkerung zutraf (vgl. Abbildung 8-5 und Tabelle 8-7 im Anhang). In den höheren Altersstufen zeigt sich das umgekehrte Bild: 23,9 % der Deutschen sind 65 Jahre und älter, in der ausländischen Bevölkerung macht diese Altersgruppe nur einen Anteil von 8,8 % aus.

<sup>271</sup> Syrische Staatsangehörige hielten sich dabei am Jahresende 2020 durchschnittlich erst seit 4,8 Jahren in Deutschland auf, afghanische 6,3 Jahre und irakische seit 6,5 Jahren (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 8.1.2).

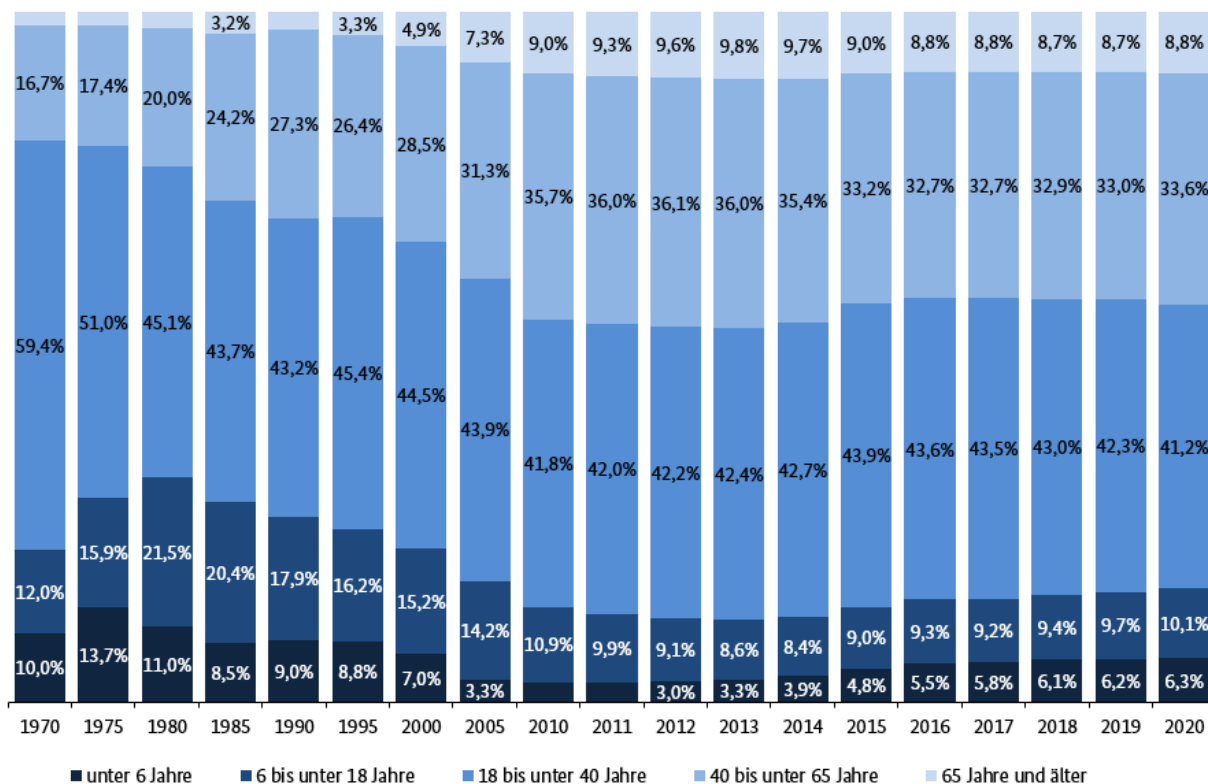
Abbildung 8-5: Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung am 31. Dezember 2020



Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

Abbildung 8-6: Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung seit 1970



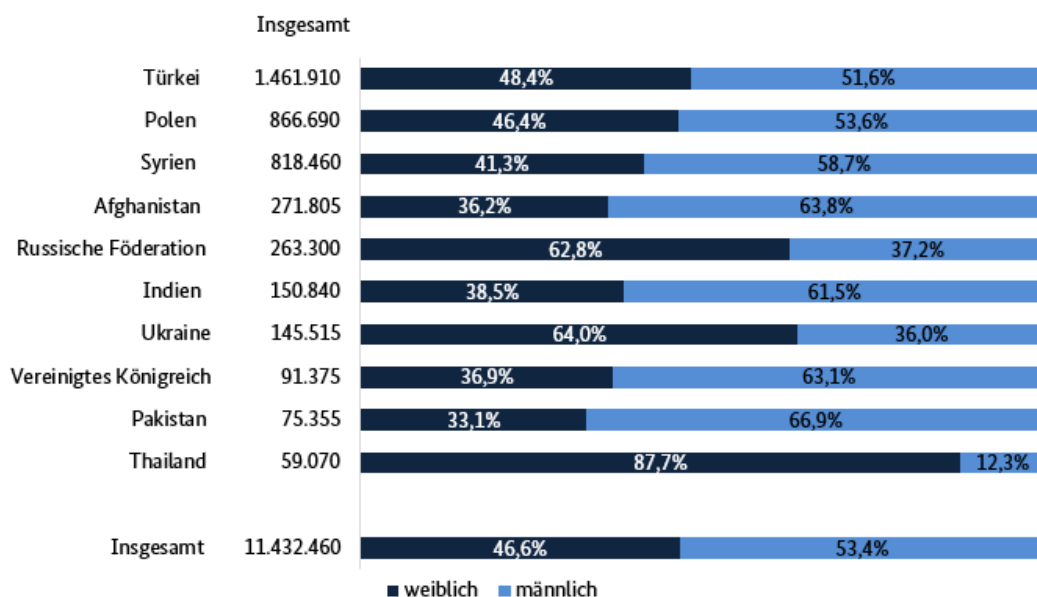
Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Ergebnisse ab 2011 auf der Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

Betrachtet man die Entwicklung der Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung, ist festzustellen, dass auch sie von demografischer Alterung gekennzeichnet ist (vgl. Abbildung 8-6). So lag der Anteil der unter 40-Jährigen Anfang der 1970er Jahre noch bei über 80 %, während der Anteil der Personen im Rentenalter unter 2 % betrug. Während die Gruppe der unter 40-Jährigen bis 2020 auf unter 60 % geschrumpft ist, ist die Gruppe der über 65-Jährigen auf fast 9 % gewachsen. Insgesamt ist die ausländische Bevölkerung jedoch noch deutlich jünger als die deutsche Bevölkerung. Nach Angaben des AZR sind insgesamt 1,51 Millionen Ausländerinnen und Ausländer bereits in Deutschland geboren, dies entspricht einem Anteil von 13,2 % an der gesamten ausländischen Bevölkerung am Jahresende 2020.

Abbildung 8-7: Geschlechtsstruktur der ausländischen Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2020<sup>1</sup>



1) Abweichungen zu den zuvor berichteten Gesamtsummen pro Staatsangehörigkeit sind durch die vom Statistischen Bundesamt angewandte Fünfergerundung bedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

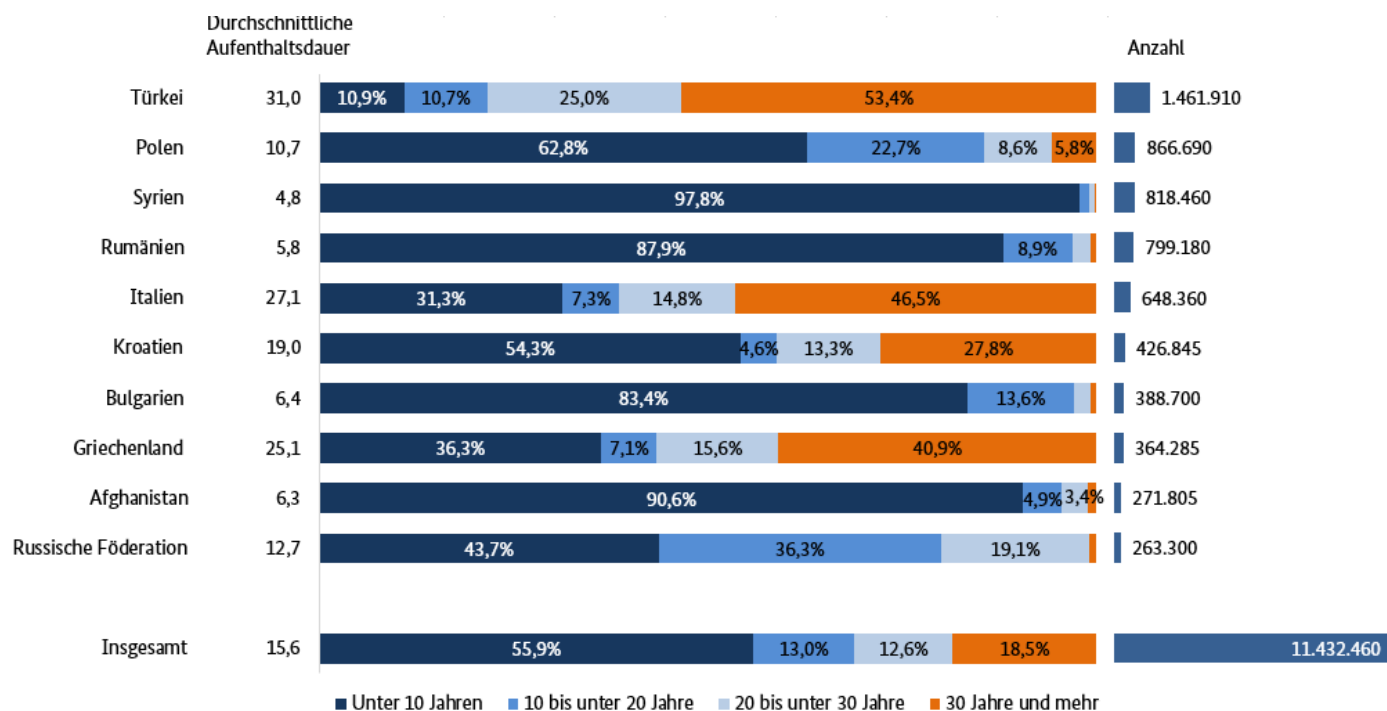
In der ausländischen Bevölkerung war Ende 2020 der Anteil der männlichen Personen mit 53,4 % etwas höher als der Anteil der weiblichen Personen. Entgegen diesem allgemeinen Befund ist der Anteil der weiblichen Personen bei Staatsangehörigen aus Thailand (87,7%), der Ukraine (64,0 %) und der Russischen Föderation (62,8 %) sehr viel höher. Besonders hohe männliche Anteile sind beispielsweise bei Staatsangehörigen aus Pakistan (66,9 %), Afghanistan (63,8 %), dem Vereinigten Königreich (63,1 %) und Indien (61,5 %) zu verzeichnen (vgl. Abbildung 8-7 und Tabelle 8-8 im Anhang).

## 8.1.2 Aufenthaltsdauer und Aufenthaltsstatus

### Aufenthaltsdauer

Ende 2020 lebten 44,1 % der ausländischen Bevölkerung seit mindestens 10 Jahren in Deutschland, etwa ein Drittel (31,2 %) seit mindestens 20 Jahren und 18,5 % sogar seit 30 Jahren und länger (vgl. Abbildung 8-8 und Tabelle 8-9 im Anhang).

Abbildung 8-8: Aufenthaltsdauer der ausländischen Bevölkerung nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2020



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

Unter den nach ausländischer Staatsangehörigkeit größten Gruppen sind einige durch eine deutlich längere Migrationsgeschichte nach Deutschland gekennzeichnet. Dies spiegelt sich auch in der Aufenthaltsdauer wider. Insbesondere Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbeländern weisen eine viel höhere Aufenthaltsdauer auf: 78,4 % der türkischen, 61,4 % der italienischen und 56,5 % der griechischen Staatsangehörigen leben seit mindestens 20 Jahren in Deutschland. Personengruppen mit einer Fluchtgeschichte halten sich hingegen vergleichsweise kurz in Deutschland auf. Unter den syrischen Staatsangehörigen leben 97,8 % weniger als 10 Jahre in Deutschland, bei den afghanischen Staatsangehörigen beträgt dieser Anteil 90,6 %. 83,4 % der Personen aus Bulgarien sowie 87,9 % derer aus Rumänien, die seit 1. Januar 2007 Mitgliedstaaten der EU sind, leben ebenfalls weniger als 10 Jahre in Deutschland.

Die unterschiedlichen Zuwanderungsgeschichten werden auch deutlich, wenn man die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrachtet. Ende 2020 lebten ausländische Staatsangehörige im Schnitt 15,6 Jahre in Deutschland (vgl. Abbildung 8-8 und Tabelle 8-9 im Anhang). Deutlich über diesem Wert liegt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei Staatsangehörigen aus der Türkei (31,0 Jahre), Österreich (29,4 Jahre), Italien (27,1 Jahre) und Griechenland (25,1 Jahre). Eine bislang niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist bei Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten zu verzeichnen (Albanien: 5,4 Jahre, Rumänien: 5,8 Jahre, Bulgarien: 6,4 Jahre, Ungarn: 8,8 Jahre, Polen: 10,7 Jahre). Am kürzesten halten sich im Schnitt Personen aus Syrien (4,8 Jahre), Afghanistan (6,3 Jahre), dem Irak (6,5 Jahre) und Eritrea (5,6 Jahre) in Deutschland auf. Auch Staatsangehörige aus China (8,6 Jahre) und Indien (6,2 Jahre) weisen eine noch vergleichsweise niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer auf. Diese Herkunftsländer sind für die aktuelle Bildungs- und Erwerbsmigration nach Deutschland bedeutsam (vgl. Kapitel 3.2 und 3.3).

## Aufenthaltsstatus

Unter den rund 11,4 Millionen ausländischen Staatsangehörigen besaßen Ende 2020 rund 6,4 Millionen Personen nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates<sup>272</sup> (56,4 %). Bei der Betrachtung der ausländischen Bevölkerung nach dem Aufenthaltsstatus<sup>273</sup> zeigt sich, dass 67,0 % bzw. 7,7 Millionen ein unbefristetes Aufenthaltsrecht aufwiesen (2019: 67,1 % bzw. 7,5 Millionen Personen) (vgl. Tabelle 8-1).<sup>274</sup> Mehr als ein Fünftel der ausländischen Staatsangehörigen waren im Besitz eines befristeten Aufenthaltstitels (22,6 %, rund 2,6 Millionen Personen, 2019: 23,0 %, rund 2,6 Millionen Personen).

Betrachtet man nur die Drittstaatsangehörigen (ohne Vereinigtes Königreich), so besaßen 41,6 % der in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen (rund 2,7 Millionen Personen) zum Jahresende 2020 ein unbefristetes Aufenthaltsrecht (2019: 41,8 %, 2,7 Millionen Personen). Zwei Fünftel der Drittstaatsangehörigen waren im Besitz eines befristeten Aufenthaltstitels (40,1 % bzw. 2,6 Millionen Personen, 2019: 40,8 % bzw. 2,6 Millionen Personen). 234.935 bzw. 3,6 % aller ausländischen Drittstaatsangehörigen, die sich in Deutschland aufhalten, besaßen eine Duldung (2019: 203.420 bzw. 3,2 %)<sup>275</sup>, 3,3 % bzw. 212.540 Drittstaatsangehörige (2019: 263.425 bzw. 4,2 %) eine Aufenthaltsgestattung zur Durchführung von Asylverfahren. Weitere 322.405 Drittstaatsangehörige (5,0 %), die im AZR registriert sind, hatten weder einen Aufenthaltstitel noch eine Aufenthaltsgestattung bzw. Duldung (2019: 332.440 Personen bzw. 5,2 %).<sup>276</sup>

---

<sup>272</sup> Inkl. des Vereinigten Königreichs.

<sup>273</sup> Zum rechtlichen Rahmen der einzelnen Aufenthaltstitel vgl. BAMF/BMI 2013: 169f.

<sup>274</sup> Hierzu zählen beispielsweise EU-Staatsangehörige sowie Drittstaatsangehörige mit einer Niederlassungserlaubnis.

<sup>275</sup> Unter den ausländischen Staatsangehörigen mit einer Duldung lebten zum 31. Dezember 2020 35.142 mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als 6 Jahren in Deutschland. Vgl. Deutscher Bundestag 2021f: 32f.

<sup>276</sup> Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich ein Teil dieser Personen nicht mehr in Deutschland aufhält. Wenn keine Abmeldung seitens der Personen oder der Meldebehörden erfolgt, ist eine Registrierung im AZR weiterhin gegeben.

Tabelle 8-1: Aufenthaltsrechtlicher Status der ausländischen Bevölkerung aus Drittstaaten nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2020

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	kein Aufenthaltstitel erforderlich		Aufenthaltstitel erforderlich												
		mit EU-Freizügigkeit	vom Erfordernis auf einen Aufenthaltstitel befreit, heimatlose Ausländerinnen und Ausländer	mit Aufenthaltstitel								Antrag auf Aufenthaltstitel gestellt	ohne Aufenthaltstitel			
				insgesamt	zeitlich unbefristet	zeitlich befristet	darunter						Insgesamt	Duldung	Aufenthalts-gestattung	ohne Duldung oder Gestattung
							zum Zweck der Ausbildung	zum Zweck der Erwerbstätigkeit	völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	familiäre Gründe	besondere Aufenthaltsrechte					
Türkei	1.461.910	6.325	2.965	1.371.095	1.179.870	191.225	6.710	9.385	25.775	115.425	33.930	31.170	50.350	6.405	14.090	29.855
Syrien	818.460	405	20	700.095	34.775	665.315	2.310	2.050	554.670	102.750	3.540	64.395	53.550	5.050	22.625	25.870
Afghanistan	271.805	390	10	171.220	16.350	154.870	390	845	139.310	13.375	955	24.000	76.180	26.390	34.960	14.830
Russische Föderation	263.300	4.000	90	209.990	137.860	72.130	6.770	9.120	12.695	39.500	4.040	10.665	38.555	13.050	11.050	14.450
Irak	259.500	520	10	171.865	29.980	141.880	515	480	117.195	22.195	1.500	21.295	65.810	25.630	26.235	13.945
Kosovo	242.855	4.015	20	204.395	103.730	100.665	1.285	18.880	14.265	58.920	7.315	18.495	15.930	6.735	350	8.850
Serbien	242.620	12.575	165	187.425	120.170	67.255	1.455	16.755	15.720	30.620	2.700	18.895	23.555	9.555	525	13.475
Bosnien und Herzegowina	211.335	8.355	40	178.210	109.785	68.430	2.495	27.380	4.945	29.685	3.920	12.330	12.400	2.380	155	9.865
Indien	150.840	3.000	55	116.770	25.355	91.415	21.695	30.915	925	33.625	4.260	14.975	16.040	5.175	555	10.310
China	145.610	1.640	35	116.890	38.755	78.135	37.105	16.465	1.975	20.280	2.320	15.465	11.575	1.615	435	9.525
Ukraine	145.515	5.450	30	119.890	79.295	40.595	5.470	7.240	3.660	22.100	2.130	6.960	13.185	2.825	1.385	8.975
Iran	123.400	420	15	79.690	21.265	58.420	6.550	5.325	33.290	11.565	1.690	10.450	32.830	8.075	18.415	6.340
Nordmazedonien	121.115	13.525	25	85.360	46.750	38.610	465	13.695	4.930	16.360	3.160	9.490	12.715	4.495	335	7.885
Vereinigte Staaten	117.450	2.855	2.265	97.085	50.990	46.095	7.065	16.510	220	16.915	5.390	6.965	8.275	110	15	8.155
Vietnam	103.620	725	20	87.210	46.690	40.515	8.790	2.515	2.635	22.550	4.025	6.535	9.135	1.575	350	7.210
Marokko	79.725	6.175	205	57.340	30.435	26.905	5.220	1.365	1.350	15.630	3.345	6.560	9.445	2.385	950	6.110
Eritrea	75.735	20	.	62.455	5.045	57.410	35	20	53.780	3.460	120	5.570	7.690	1.610	2.980	3.095
Nigeria	75.495	1.245	10	33.385	6.045	27.340	2.805	1.015	10.605	11.695	1.220	6.250	34.605	13.830	14.990	5.785
Pakistan	75.355	2.250	20	46.235	12.175	34.060	4.415	2.780	7.490	15.605	3.770	6.515	20.335	9.005	6.365	4.965
Albanien	73.905	6.225	5	43.535	6.185	37.345	2.735	12.415	4.785	13.410	4.005	7.930	16.210	6.215	810	9.180

Thailand	59.070	1.070	15	54.070	40.320	13.755	1.130	830	130	10.135	1.530	1.985	1.930	95	20	1.815
Brasilien	49.500	4.825	25	37.275	14.255	23.015	5.050	5.860	145	10.890	1.075	4.095	3.280	120	40	3.120
Kasachstan	46.980	295	10	41.920	27.550	14.370	1.010	650	535	10.665	1.505	1.955	2.805	270	155	2.380
Schweiz	41.195	41.195	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Libanon	41.090	460	10	26.580	9.175	17.400	865	655	5.940	9.265	680	3.535	10.510	6.830	1.670	2.010
Ghana	39.270	1.040	10	26.680	10.300	16.380	1.010	390	2.800	10.740	1.445	3.925	7.620	3.915	660	3.040
Tunesien	38.405	1.135	90	29.335	12.245	17.090	5.350	2.210	465	8.120	945	4.180	3.665	960	465	2.235
Ägypten	37.430	680	10	26.580	6.950	19.630	4.000	3.430	2.580	8.860	770	3.985	6.175	1.965	1.455	2.755
Republik Korea	36.325	240	20	30.355	10.300	20.060	6.485	5.265	50	7.615	645	3.660	2.045	30	10	2.010
Japan	35.565	725	30	30.855	11.675	19.180	2.200	7.785	40	7.670	1.490	2.135	1.820	5	5	1.810
<b>Drittstaaten insgesamt</b>	<b>6.445.180</b>	<b>171.360</b>	<b>8.705</b>	<b>5.084.710</b>	<b>2.498.730</b>	<b>2.585.980</b>	<b>210.070</b>	<b>274.525</b>	<b>1.149.615</b>	<b>828.435</b>	<b>123.335</b>	<b>410.525</b>	<b>769.875</b>	<b>234.935</b>	<b>212.540</b>	<b>322.405</b>

Anmerkung: Die Statistik nach dem AZR zum 31. Dezember 2020 zeigt auffällige Veränderungen bei Auswertungen nach dem aufenthaltsrechtlichen Status im Vergleich zum Vorjahr. Diese stehen im Zusammenhang mit zeitweise geschlossenen Ausländerbehörden und erschwerten Reisebedingungen (vgl. den diesbezüglichen Qualitätsbericht zur Statistik über ausländische Staatsangehörige, Statistisches Bundesamt 2021i).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

Mit Blick auf den Aufenthaltsstatus nach Staatsangehörigkeiten zeigt sich, dass Ende 2020 80,7 % der türkischen Staatsangehörigen einen unbefristeten Aufenthaltstitel hatten. Ein hoher Anteil an Personen mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel ist auch bei ukrainischen Staatsangehörigen festzustellen (54,5 %). Bei russischen Staatsangehörigen lag dieser Anteil bei 52,4 %. Dagegen haben Staatsangehörige aus Syrien (4,2 %), Afghanistan (6,0 %) und dem Irak (11,6 %) vergleichsweise selten einen unbefristeten Aufenthaltstitel. Ein hoher Anteil der eritreischen (71,0 %) afghanischen (51,3 %) und syrischen (67,8 %) Staatsangehörigen besitzt eine befristete Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen. 53,7 % der chinesischen und 60,6 % der indischen Staatsangehörigen hatten einen befristeten Aufenthaltserlaubnis, überwiegend zum Zweck der Ausbildung und Erwerbstätigkeit (vgl. Tabelle 8-1). Die COVID-19-Pandemie hatte auch einen wesentlichen Einfluss auf die Erteilungen von Aufenthaltstiteln an Drittstaatsangehörige. Zusätzlich zu den Reisebeschränkungen konnten durch die zeitweise für den Publikumsverkehr geschlossenen Ausländerbehörden keine (neuen) Erteilungen bzw. Verlängerungen vorgenommen werden. Dies spiegelt sich in der erhöhten Anzahl der Personen wider, die zum Stichtag 31. Dezember 2020 noch im Erteilungsverfahren waren (vgl. Tabelle 8-1).

## 8.2 Geburten

Die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung wird von verschiedenen demografischen Faktoren beeinflusst. Neben den Zu- und Abwanderungen bedingen auch die Geburtenentwicklung und die Sterblichkeit Struktur und Umfang dieser Personengesamtheit.

Ein Kind ausländischer Eltern erwirbt neben deren Staatsangehörigkeit(en) nach deren jeweiligem nationalen Recht die deutsche Staatsangehörigkeit mit Geburt in Deutschland (sogenannte *ius soli*), sofern ein Elternteil seit mindestens 8 Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt (§ 4 Abs. 3 StAG).<sup>277</sup> Soweit diese Kinder nicht im Inland aufgewachsen sind, durch Geburt eine andere ausländische Staatsangehörigkeit als die eines EU-Mitgliedstaates oder der Schweiz besitzen und innerhalb eines Jahres nach Vollendung des 21. Lebensjahres einen Hinweis der örtlich zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde erhalten, dass sie sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden haben, müssen sie innerhalb von 2 Jahren nach Zustellung dieses Hinweises erklären, ob sie die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen (Optionspflicht, § 29 Abs. 1 StAG).<sup>278</sup> Im Inland aufgewachsen sind sie, wenn sie sich bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres 8 Jahre gewöhnlich in Deutschland aufgehalten oder 6 Jahre eine Schule besucht haben oder hier einen Schulabschluss erworben oder eine Berufsausbildung abgeschlossen haben oder im Einzelfall einen vergleichbar engen Bezug zu Deutschland haben und für sie die Optionspflicht nach den Umständen des Falles eine besondere Härte bedeuten würde (§ 29 Abs. 1a StAG).

Erklären von der Optionspflicht betroffene Personen, dass sie die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen, verlieren sie die deutsche Staatsangehörigkeit (§ 29 Abs. 2 StAG). Entscheiden sie sich für die deutsche Staatsangehörigkeit, müssen sie nachweisen, dass sie die ausländische Staatsangehörigkeit aufgegeben oder verloren haben (§ 29 Abs. 3 StAG). Tritt der Verlust der ausländischen Staatsangehörigkeit

---

<sup>277</sup> Die Regelung gilt seit der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes zum 1. Januar 2000. Vgl. zum Reformprozess im Detail BAMF/BMI 2013: 173. Gleiches gilt für Staatsangehörige der Schweiz oder deren Familienangehörige, die eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund des Abkommens vom 21. Juni 1999 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizer andererseits über die Freizügigkeit besitzen.

<sup>278</sup> § 29 StAG in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 13. November 2014 (BGBl. 2014 Teil I Nr. 52: 1714), in Kraft seit 20. Dezember 2014.

nicht innerhalb von 2 Jahren nach Zustellung des Hinweises über die Erklärungspflicht ein, geht die deutsche Staatsangehörigkeit verloren, es sei denn, die zuständige Behörde hat vorher auf Antrag des Erklärungspflichtigen oder von Amts wegen die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit genehmigt (Beibehaltungsgenehmigung). Auch in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern, die durch Einbürgerung nach § 40b StAG<sup>279</sup> unter den Voraussetzungen des § 4 Abs. 3 StAG (ius soli) die deutsche Staatsangehörigkeit durch Antrag im Jahr 2000 erworben haben, sind vom sogenannten Optionsverfahren nach § 29 StAG betroffen.

Datenquelle zu „Geburten ausländischer Kinder“ sowie zu „von ausländischen Eltern oder einem ausländischen Elternteil geborenen Kindern“ ist die Geburtenstatistik<sup>280</sup> als eine der Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung, die vom Statistischen Bundesamt erstellt und veröffentlicht wird.

Von 1992 bis 1999 wurden jährlich etwa um die 100.000 Kinder mit (ausschließlich) ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren. Dies entsprach jeweils einem Anteil von ca. 13 % aller in Deutschland geborenen Kinder. Nach der Einführung des ius-soli-Prinzips am 1. Januar 2000 durch § 4 Abs. 3 StAG, wodurch Kinder ausländischer Eltern unter den oben genannten Bedingungen neben der ausländischen automatisch auch die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Geburt erhalten, hat sich die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr fast halbiert. Sie ist bis zum Jahr 2006 weiter gesunken, was allerdings nicht allein mit der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechtes zusammenhängt, da auch die Geburtenzahlen insgesamt in dieser Periode sanken. In den Folgejahren wurde wieder ein Anstieg beobachtet. Im Jahr 2020 wurden 105.731 Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit geboren gegenüber 106.152 im Jahr 2019. Der Anteil der ausländischen Kinder im Jahr 2020 an allen in Deutschland geborenen Kindern betrug 13,7 % (2019: 13,6 %).

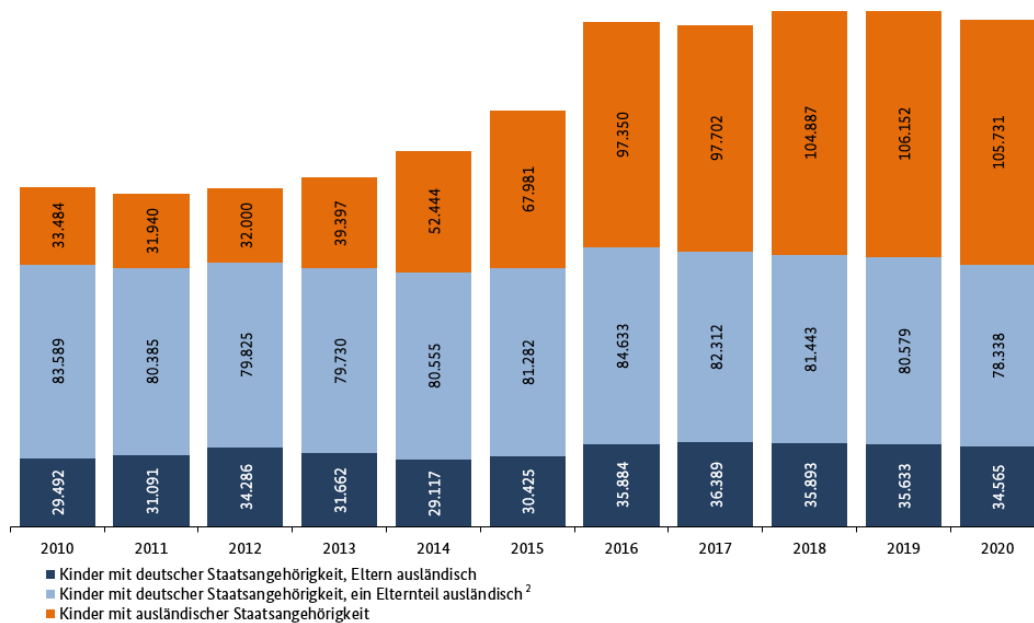
Die Zahl der von ausländischen Eltern geborenen Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit betrug im Jahr der Einführung (2000) der ius-soli-Regelung 41.257. In den folgenden Jahren gab es mehrfach Rückgänge und dann erneute Anstiege der Zahlen. Besonders deutliche Zunahmen in diesem Zeitraum waren 2005, 2012 und 2016 zu beobachten. Im Jahr 2020 wurden in Deutschland 34.565 Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren, die zwei ausländische Elternteile hatten, damit wurde ein leichter Rückgang im Vergleich zum Vorjahr registriert (2019: 35.633 Kinder). Insgesamt erhielten bis einschließlich 2020 rund 730.000 Kinder, die seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von ausländischen Eltern in Deutschland geboren wurden, die deutsche Staatsangehörigkeit.

---

<sup>279</sup> Gemäß § 40b StAG konnte vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2000 für ausländische Kinder, die sich rechtmäßig in Deutschland aufhalten und das 10. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und bei deren Geburt die Voraussetzungen des § 4 Abs. 3 StAG vorlagen, von den Eltern ein Einbürgerungsantrag gestellt werden. Die ursprüngliche, von den Eltern weitergegebene Staatsangehörigkeit konnte beibehalten werden. Die betroffenen jungen Erwachsenen müssen ebenfalls erklären, ob sie die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit beibehalten wollen (§ 29 StAG). Vgl. hierzu Worbs 2014.

<sup>280</sup> Nachgewiesen werden hier die Lebendgeborenen.

Abbildung 8-9: Lebendgeborene mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit mindestens eines Elternteils in Deutschland seit 2010<sup>1</sup>



1) 2013, 2014 und 2015 sind aus verfahrenstechnischen Gründen Kinder ausländischer Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit unterzeichnet und damit Kinder ausländischer Staatsangehörigkeit überzeichnet.

2) Kinder einer unverheirateten deutschen Mutter und eines ausländischen Vaters sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Im Jahr 2020 waren dies 13.163 Kinder.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Von den Ende 2020 in Deutschland lebenden 11.432.460 ausländischen Staatsangehörigen waren 13,2 % im Inland geboren (nach AZR). Insbesondere Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbeländern weisen einen überdurchschnittlich hohen Anteil an bereits in Deutschland geborenen Personen auf. So waren zum Ende des Jahres 2020 26,8 % der türkischen, 24,1 % der italienischen und 20,3 % der im AZR registrierten griechischen Staatsangehörigen im Inland geboren (vgl. Tabelle 8-11 im Anhang). Dagegen lagen die Anteile bei Staatsangehörigen aus Drittstaaten wie der Ukraine (4,3 %), den Vereinigten Staaten (4,7 %), Indien (4,9 %), dem Iran (5,2 %) und der Russische Föderation (5,3 %), aber auch aus den EU-Staaten Ungarn (5,4 %) Polen (6,1 %), Rumänien (7,3 %) und Bulgarien (7,3 %) deutlich niedriger.

Von den ausländischen Staatsangehörigen unter 18 Jahren waren im Jahr 2020 von 1.724.005 Personen insgesamt mehr als ein Drittel (39,8 %) in Deutschland geboren. Von den unter 18-jährigen türkischen Staatsangehörigen waren es bereits 61,4 %. Auch bei eritreischen (70,0 %), vietnamesischen (65,9 %), nigerianischen (66,8 %) und serbischen (54,8 %) Staatsangehörigen war der Anteil von in Deutschland Geborenen überproportional hoch. Dagegen waren die entsprechenden Anteile beispielsweise bei Staatsangehörigen aus den Vereinigten Staaten (19,0 %), Syrien (32,0 %) und Afghanistan (31,0 %) deutlich geringer.

Die Entwicklung der Geburtenzahl hängt – neben der Anzahl der potenziellen Mütter – mit dem Geburtenverhalten der Frauen zusammen. Bei ausländischen Frauen kann man eine höhere Geburtenhäufigkeit als bei den deutschen Frauen beobachten. Die Geburtenziffer insgesamt stieg zuerst zwischen 2011 und 2016 deutlich von 1,39 auf 1,59 Kinder pro Frau und ging anschließend auf 1,53 Kinder pro Frau im Jahr 2020 zurück. Sowohl die Steigerung als auch der Rückgang fielen dabei bei Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit stärker aus als bei Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Zwischen 2011 und 2016 nahm die Geburtenziffer der ausländischen Frauen von 1,82 auf 2,28 zu und sank dann bis 2020 auf

2,00 Kinder pro Frau. Bei Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit betrug die zusammengefasste Geburtenziffer im Jahr 2011 nur 1,34 Kinder pro Frau, stieg dann bis 2016 auf 1,46 und sank anschließend auf 1,43 Kinder pro Frau im Jahr 2020.<sup>281</sup> Der Anstieg der Geburtenhäufigkeit war vor allem auf die Verjüngung und Zunahme der ausländischen weiblichen Bevölkerung in Deutschland zurückzuführen. Ebenso spielte die Zusammensetzung der Herkunftsländer und die dort vorfindbare Geburtenhäufigkeit eine Rolle. So war die Zuwanderung in den Jahren 2014 bis 2016 u. a. von weiblichen Schutzsuchenden aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika geprägt, wo es vergleichsweise hohe Geburtenziffern gibt.<sup>282</sup> Auch der aktuelle Rückgang der Geburtenziffer bei ausländischen Frauen hängt in erster Linie mit der sinkenden Geburtenhäufigkeit bei den Syrerinnen und Irakerinnen zusammen, also bei den Zuwanderinnen, die überwiegend als Schutzsuchende zwischen 2014 und 2016 nach Deutschland kamen. Außerdem nahm die Geburtenziffer auch bei anderen stark vertretenen Frauengruppen, zum Beispiel Polinnen und Türkinnen<sup>283</sup> ab.

### 8.3 Sterbefälle

Personen mit Migrationshintergrund inklusive der ausländischen Bevölkerung weisen eine deutlich jüngere Altersstruktur auf als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Infolgedessen werden bei der ausländischen Bevölkerung im Vergleich zum Anteil an der Gesamtbevölkerung nur relativ wenige Sterbefälle beobachtet (vgl. Tabelle 8-2). Allerdings ist die Zahl ausländischer Personen, die älter als 65 Jahre sind, zwischen 1990 und 2020 von rund 146.000 auf 1.060.790 (nach AZR) gestiegen. Damit hat sich der Anteil dieser Altersgruppe an allen ausländischen Personen von 2,6 % (1990) auf 9,3 % (2020) erhöht.

Auch für Personen mit Migrationshintergrund ist eine demografische Alterung gemäß Mikrozensus festzustellen. Die Zahl an Älteren (65 Jahre und älter) erhöhte sich von rund 1,2 Millionen im Jahr 2005 auf rund 2,2 Millionen Personen im Jahr 2020. Damit stieg ihr Anteil an allen Personen mit Migrationshintergrund von 7,8 % auf 10,2 %. Dieser Trend wird sich bei gegebener demografischer Entwicklung fortsetzen<sup>284</sup>, sodass verstärkt auch ältere Migrantinnen und Migranten von Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit betroffen und als Nutzer des Gesundheits- und Pflegesystems zu berücksichtigen sind.<sup>285</sup> Erkenntnisse zum Gesundheits- bzw. Krankheitszustand und zur Sterblichkeit dieser Bevölkerungsgruppe werden somit immer wichtiger.

Datenquelle zu Sterbefällen ausländischer Personen ist die Sterbefallstatistik als Bestandteil der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, die vom Statistischen Bundesamt erstellt und veröffentlicht wird.<sup>286</sup> Tabelle 8-2 zeigt, dass die absolute Zahl der Sterbefälle von Ausländerinnen und Ausländern seit 2010 kontinuierlich ansteigt. Ihr Anteil an allen Sterbefällen in Deutschland ist jedoch immer noch gering und lag 2020 mit 3,8 % deutlich unter dem Bevölkerungsanteil (nach der Bevölkerungsfortschreibung) von 12,7 %. Im Kontext der COVID-19-Pandemie stieg die Anzahl der Sterbefälle in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 4,9 %. Der Anstieg war wie in den Vorjahren bei der ausländischen Bevölkerung

---

<sup>281</sup> Vgl. BIB 2021 und Statistisches Bundesamt 2021j.

<sup>282</sup> Vgl. Pötzsch 2018: 75f.

<sup>283</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt 2020b (Pressemitteilung Nr. 510 vom 16. Dezember 2020).

<sup>284</sup> Vgl. Kohls 2012: 15.

<sup>285</sup> Vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2014: 268f. Gleichzeitig ist jedoch zu berücksichtigen, dass die gestiegene Erwerbsmigration der letzten Jahre zum Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beiträgt, wovon die Sozialversicherungen durch höhere Beitragseinnahmen profitiert haben.

<sup>286</sup> Zu weiteren Datenquellen und detaillierten Analysen des Geburtenverhaltens von Frauen mit Migrationshintergrund bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit vgl. Kohls 2012: 101ff. sowie Schmid/Kohls 2011.

(+10,0 %) deutlicher ausgeprägt als bei der Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit (+4,7 %) (vgl. Tabelle 8-2).

Tabelle 8-2: Sterbefälle deutscher und ausländischer Personen seit 2010

Jahr	Sterbefälle		Anteil ausländischer Sterbefälle an allen Sterbefällen in %	Anteil ausländischer Bevölkerung an gesamter Bevölkerung in %
	Deutsche	Ausländische Staatsangehörige		
2010	838.587	20.181	2,3%	8,8%
2011	831.955	20.373	2,4%	7,9%
2012	847.760	21.822	2,5%	8,3%
2013	870.330	23.495	2,6%	8,7%
2014	844.206	24.150	2,8%	9,3%
2015	898.083	27.117	2,9%	10,5%
2016	881.240	29.659	3,3%	11,2%
2017	901.514	30.749	3,3%	11,7%
2018	922.524	32.350	3,4%	12,2%
2019	905.649	33.871	3,6%	12,5%
2020	948.325	37.247	3,8%	12,7%

Anmerkung: Umstellung der Bevölkerungszahlen auf neue Volkszählungs- bzw. Zensusergebnisse im Jahr 2011.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Vergleich mit internationalen Erkenntnissen zeigt, dass in Deutschland annähernd dieselben Entwicklungen und Muster der Sterblichkeit von weiblichen und männlichen Personen mit Migrationshintergrund festzustellen sind wie in charakteristischen Zuwanderungsländern.<sup>287</sup> In Abhängigkeit von Alter, Herkunftsland, Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsstatus und sozialer Lage sind vergleichsweise viele Konstellationen zu beobachten, in denen Zuwanderinnen und Zuwanderer niedrigere Sterblichkeitsrisiken als Deutsche aufweisen.

In Deutschland haben vor allem jüngere Zuwanderinnen und Zuwanderer mit geringer Aufenthaltszeit besonders niedrige Sterberisiken. So zeigen Zugewanderte aus weniger entwickelten Ländern vor allem in der Zeit kurz nach der Zuwanderung besonders niedrige Gesundheits- und Sterberisiken. Bei dieser Gruppe wirkt sich der „Healthy-Migrant-Effect“, d. h. die Tatsache, dass tendenziell eher gesündere Personen auswandern, erheblich aus. Im Inland geborene Nachkommen von Migrantinnen und Migranten weisen dagegen eher eine überdurchschnittliche Sterblichkeit auf.<sup>288</sup>

## 8.4 Einbürgerungen

Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erfolgt in der Regel durch Geburt (siehe dazu Kapitel 8.2) oder durch Einbürgerung. Durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts am 1. Januar 2000<sup>289</sup> wurden das Abstammungsprinzip durch das Geburtsortprinzip ergänzt sowie die notwendigen Aufenthaltszeiten für eine Einbürgerung verkürzt: Ausländerinnen und Ausländer haben nach 8 Jahren rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts in Deutschland unter Erfüllung bestimmter Voraussetzungen einen Anspruch auf

<sup>287</sup> Vgl. Kohls 2012: 185.

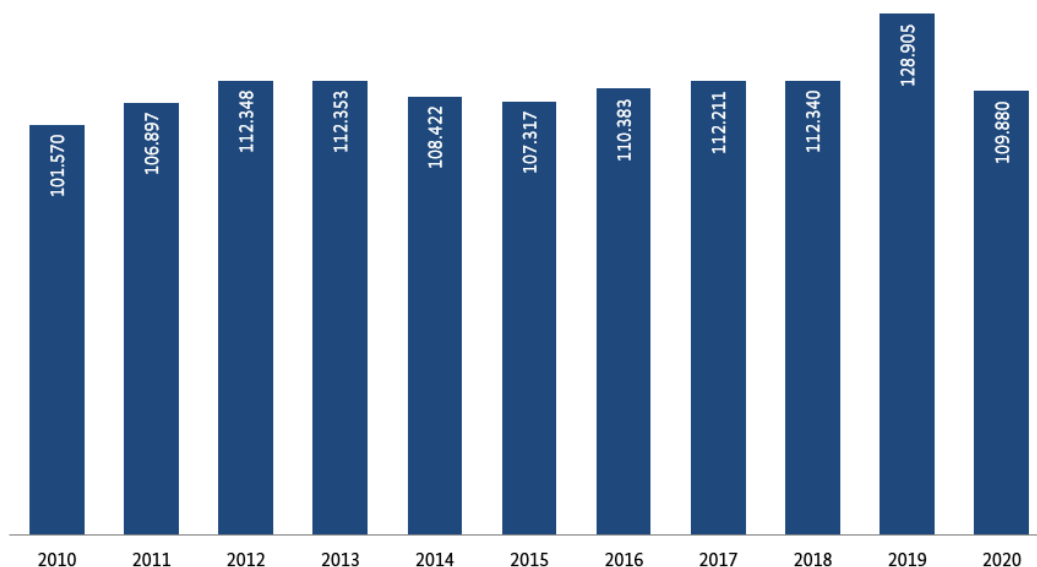
<sup>288</sup> Vgl. Kohls 2012: 319.

<sup>289</sup> Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 wurden zudem die bislang im Ausländergesetz enthaltenen Regelungen zur Einbürgerung weiter modifiziert und in das Staatsangehörigkeitsgesetz überführt, das damit die zentrale Rechtsgrundlage für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit darstellt. Zu den rechtlichen Grundlagen der Einbürgerung vgl. ausführlich BAMF/BMI 2010, Kapitel 6.4 und BAMF/BMI 2014, Kapitel 8.1.

Einbürgerung (§ 10 Abs. 1 StAG). Ehepartnerinnen und Ehepartner sowie minderjährige Kinder können mit eingebürgert werden, auch wenn sie sich noch nicht seit 8 Jahren im Bundesgebiet aufhalten (§ 10 Abs. 2 StAG).

Bei erfolgreicher Teilnahme an einem Integrationskurs wird die Frist für eine Anspruchseinbürgerung auf 7 Jahre verkürzt (§ 10 Abs. 3 S. 1 StAG). Bei Vorliegen besonderer Integrationsleistungen, beispielsweise beim Nachweis von höheren als den erforderlichen Sprachkenntnissen, bei besonders guten schulischen, berufsqualifizierenden oder beruflichen Leistungen oder von bürgerschaftlichem Engagement kann die Frist auf bis zu 6 Jahre verkürzt werden (§ 10 Abs. 3 S. 2 StAG). Die statistischen Angaben zu den Einbürgerungen werden vom Statistischen Bundesamt jährlich in der Einbürgerungsstatistik veröffentlicht (§ 36 StAG).

Abbildung 8-10: Einbürgerungen in Deutschland seit 2010

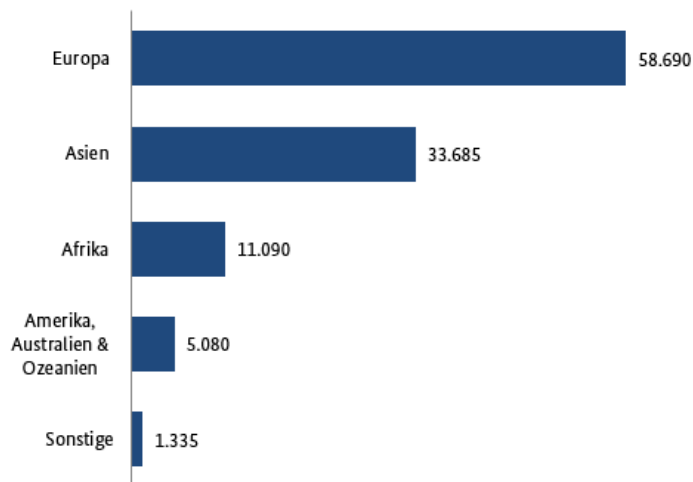


Quelle: Statistisches Bundesamt

Seit dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 haben mehr als 2,6 Millionen Personen<sup>290</sup> die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben. Nach einem leichten Anstieg zwischen 2010 und 2012 schwankt die Anzahl der Einbürgerungen seitdem um 112.000 jährlich. Im Jahr 2019 stieg sie auf 128.905 und damit auf den höchsten Stand seit 2003. Dieser Anstieg ist vor allem auf die erhöhte Anzahl an Einbürgerungen britischer Staatsangehöriger nach dem Brexit-Referendum (aber noch vor dem vollzogenen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU) zurückzuführen. Im Jahr 2020 wurden 109.880 Personen eingebürgert und damit über 19.000 bzw. 14,8 % weniger als im Jahr zuvor (vgl. Abbildung 8-10 und Tabelle 8-12 im Anhang). Die Zahl der Einbürgerungen liegt damit nun wieder auf dem Niveau der Jahre 2012 bis 2018.

<sup>290</sup> Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern wird seit 1999 durch die Erteilung der Spätaussiedlerbescheinigung automatisch und ohne Einbürgerungsverfahren die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen, sobald sie ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik einnehmen. Daher ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch diese Personengruppe nicht in der Einbürgerungsstatistik enthalten.

Abbildung 8-11: Einbürgerungen nach bisheriger Staatsangehörigkeit (Kontinente) im Jahr 2020<sup>1</sup>

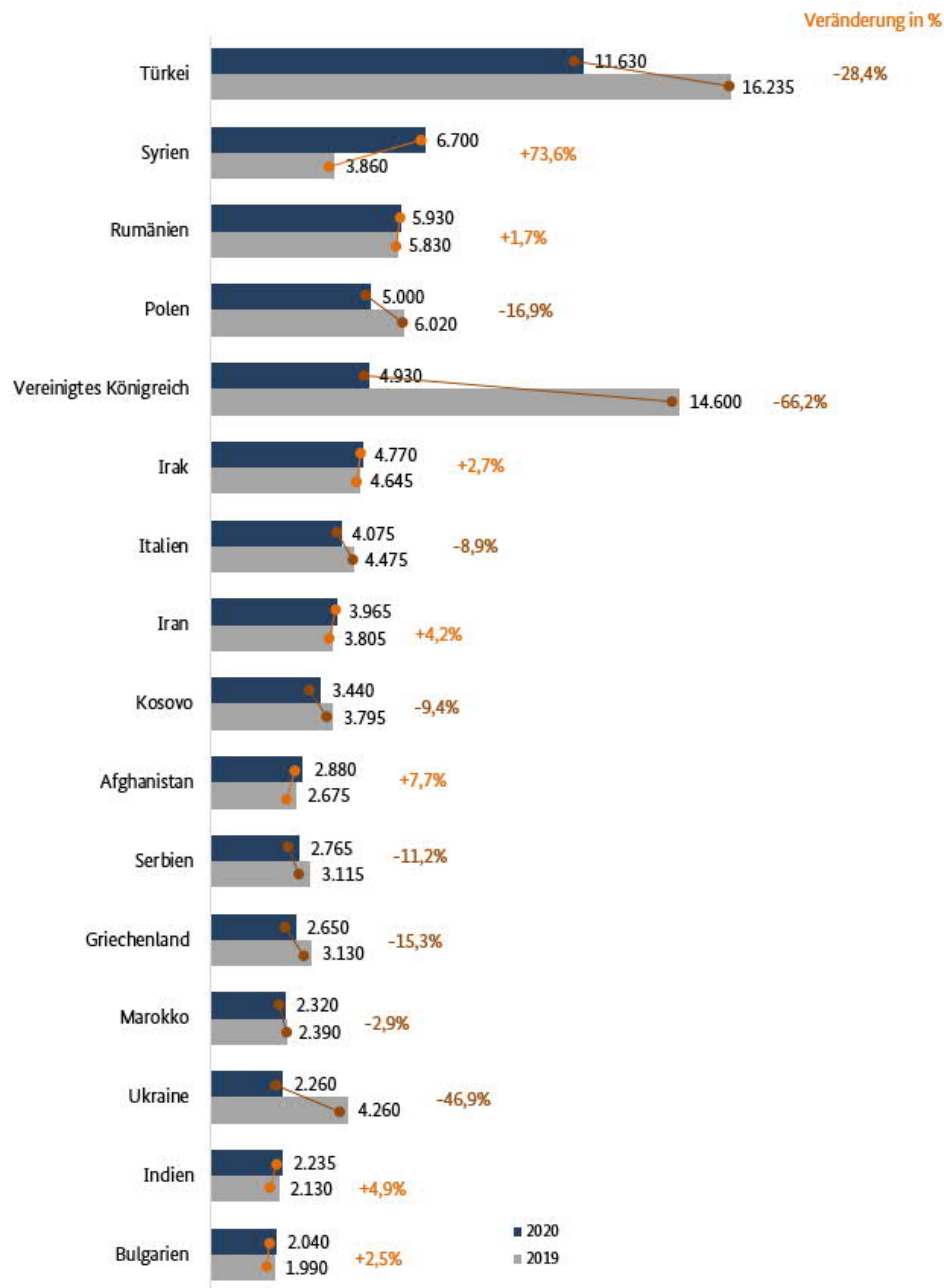


1) Abweichungen zu den zuvor berichteten Gesamtsummen pro Staatsangehörigkeit sind durch die vom Statistischen Bundesamt angewandte Fünfferrundung bedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Mit einem Anteil von 53,4 % hatte die Mehrheit der eingebürgerten Personen bisher die Staatsangehörigkeit eines europäischen Staates (58.690), wovon 28.305 ursprünglich aus EU-Ländern (bzw. 33.235 aus der EU und dem Vereinigten Königreich) stammen. Die nächstgrößere Gruppe sind eingebürgerte Personen aus Asien (vgl. Abbildung 8-11). Die Abbildung 8-12 geht noch genauer auf einzelne Länder ein, insbesondere auf die 17 Länder mit mehr als 2.000 eingebürgerten Personen im Jahr 2020. Auch hier stechen insbesondere europäische Länder hervor: 11.630 der eingebürgerten Personen besaßen zuvor die türkische Staatsangehörigkeit, 5.930 Personen hatten vormals die rumänische und 5.000 die polnische Staatsangehörigkeit. Neben den europäischen sind außerdem einzelne asiatische Herkunftsländer vertreten. Besonders hervorzuheben ist, dass 6.700 eingebürgerte Personen zuvor die syrische Staatsangehörigkeit besaßen und damit die zweitgrößte Gruppe der Eingebürgerten insgesamt darstellen. Weitere wichtige asiatische Staatsangehörigkeiten eingebürgerter Personen sind 4.770 eingebürgerte Personen mit zuvor irakischer und 3.965 mit iranischer Staatsangehörigkeit. Während kein amerikanisches Land in der Gruppe der Länder mit mehr als 2.000 Einbürgerungen vertreten ist, ist das einzige afrikanische Land Marokko (2.320 Einbürgerungen).

Abbildung 8-12: Eingebürgerte Personen nach bisheriger Staatsangehörigkeit im Jahr 2020 und prozentuale Veränderungen zum Vorjahr



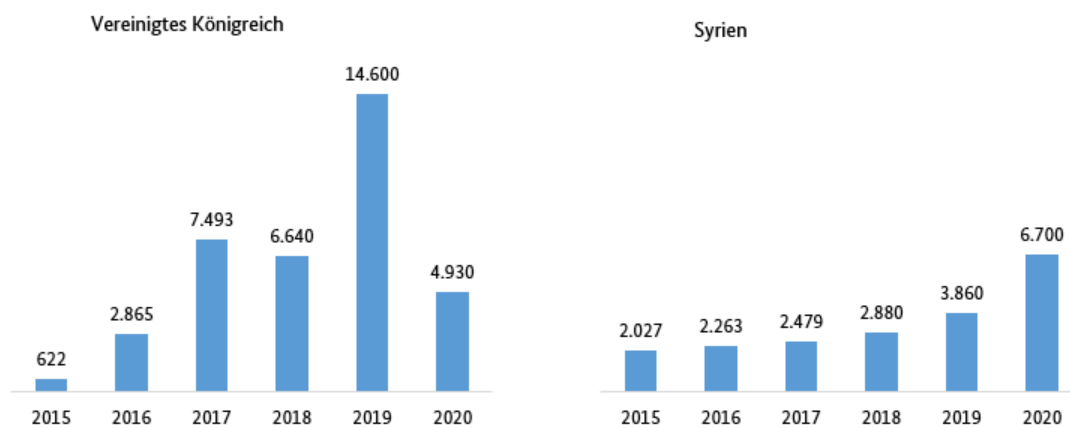
Quelle: Statistisches Bundesamt

Der deutliche Rückgang der Einbürgerungszahlen im Vergleich zum Vorjahr sollte im Kontext verschiedener Entwicklungen betrachtet werden. Erstens kam es wegen der COVID-19-Pandemie zu erheblichen Einschränkungen in der Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen. Zudem war es aufgrund der Einschränkungen durch die Pandemie schwieriger, für den Antrag benötigte Nachweise zu erbringen bzw. die erforderlichen Dokumente in den Botschaften zu beschaffen. Daher hat der Vergleich zum Vorjahr nur eine eingeschränkte Aussagekraft und Nachholeffekte lassen sich für die künftigen Jahre vermuten.<sup>291</sup>

<sup>291</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt 2021h: 6.

Zweitens konnte bis 2019 ein enormer Anstieg an Einbürgerungen von Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs beobachtet werden, der sich mit dem im Januar 2020 erfolgten Austritt dieses Landes aus der Europäischen Union erklären lässt. Britische Staatsangehörige, die bis spätestens vor Ende des Übergangszeitraums Ende 2020 einen Antrag auf deutsche Staatsangehörigkeit gestellt haben, dürfen nach § 4 Brexit-Übergangsgesetz (BrexitÜG) nach der Einbürgerung die britische Staatsbürgerschaft behalten, wie es auch sonst bei EU-Staatsangehörigen der Fall ist. Von dieser Möglichkeit haben viele in Deutschland lebende Britinnen und Briten bereits in den Jahren zuvor Gebrauch gemacht. Die Anzahl der Einbürgerungen ist bereits seit dem Jahr 2016 deutlich steigend (siehe Tabelle 8-12 im Anhang). Hier scheint es nun eine Trendumkehr mit dem vollzogenen Brexit zu geben. Die Anzahl der eingebürgerten Personen aus dem Vereinigten Königreich ging im Vergleich zum Vorjahr besonders stark zurück (-66,2 %) (vgl. Abbildung 8-12). Damit ist über die Hälfte des gesamten Rückgangs von 19.000 Einbürgerungen im Vergleich zu 2019 auf Rückgänge von Einbürgerungen von Staatsangehörigen des Vereinigten Königreich zurückzuführen.

Abbildung 8-13: Eingebürgerte Personen mit britischer und syrischer Staatsangehörigkeit in den Jahren 2015 bis 2020



1) Abweichungen zu den zuvor berichteten Gesamtsummen pro Staatsangehörigkeit sind durch die vom Statistischen Bundesamt angewandte Fünfferrundung bedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt

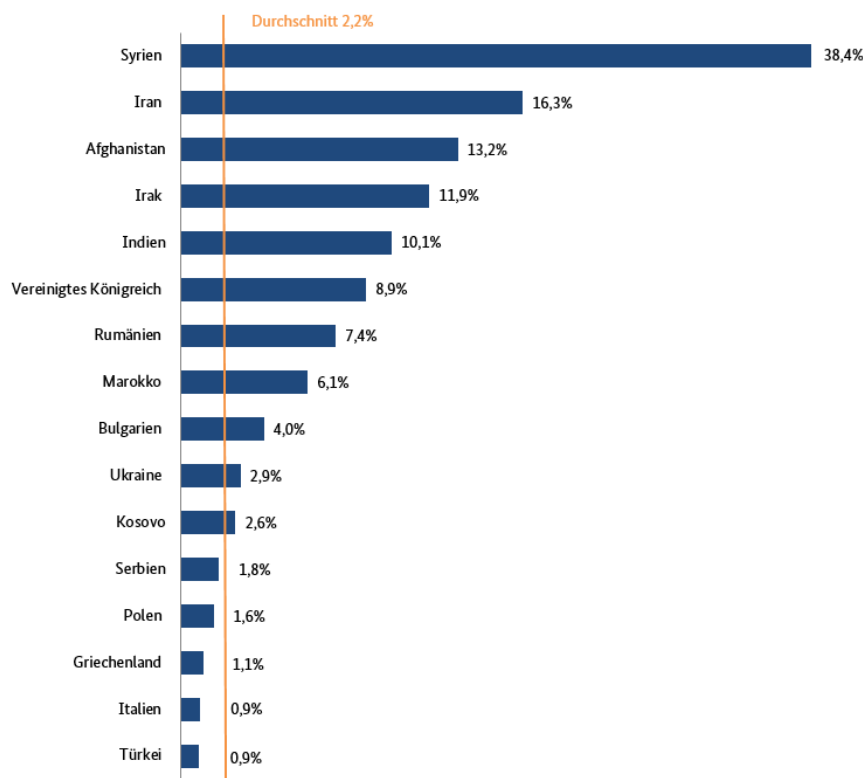
Drittens gibt es eine gegensätzliche Entwicklung bei Einbürgerungen von syrischen Staatsangehörigen. Die Anzahl dieser ist im Vergleich zum Vorjahr um 73,6 % gestiegen. Hier lässt sich auch in Zukunft ein weiterer Anstieg der Einbürgerungen vermuten, sobald immer mehr geflüchtete Syrerinnen und Syrer, die vor allem in den Jahren zwischen 2014 und 2016 nach Deutschland gekommen sind, die Anforderungen zur Anspruchseinbürgerung erfüllen.

Insgesamt ist für einige Herkunftsländer die Anzahl der Einbürgerungen leicht gestiegen, z. B. für Afghanistan (+7,7 %), Indien (+4,9 %) und Iran (+4,2 %). Andererseits ist die Anzahl an Einbürgerungen in vielen Fällen im Jahr 2020 gesunken. Einen besonders starken Rückgang zum Vorjahr hatten neben dem Vereinigten Königreich die Ukraine (-46,9 %), die Türkei (-28,4 %), Polen (-16,9 %) und Griechenland (-15,3 %) zu verzeichnen.

Die Einbürgerungszahlen lassen für sich genommen allerdings keine Aussagen über das Interesse an der deutschen Staatsangehörigkeit zu. Dafür eignet sich das ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial besser, denn es bezieht die Zahl der Einbürgerungen auf die Zahl der ausländischen Personen, die zu Beginn des

jeweiligen Berichtsjahres mindestens seit 10 Jahren in Deutschland lebten.<sup>292</sup> 2020 betrug das ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial rund 2,2 % und ist somit im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 % gefallen. Die Abbildung 8-14 zeigt diese Kennzahl für Länder mit mehr als 2.000 Einbürgerungen im Jahr 2020. Staatsangehörige der EU wiesen meist unterdurchschnittliche Werte auf, z. B. Polen (1,6 %), Griechenland (1,1 %) und Italien (0,9 %). Der Wert für Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs, das im Jahr 2020 die EU verlassen hat (8,9 %), ist zwar immer noch deutlich überdurchschnittlich, im Vergleich zum Vorjahr jedoch um 13,9 Prozentpunkte gesunken. Der höchste Wert lag für Syrien mit 38,4 % vor und hat sich im Vergleich zu Vorjahr um 18,7 Prozentpunkte erhöht. Die weiteren höchsten Werte des ausgeschöpften Einbürgerungspotenzials ergaben sich für die außereuropäischen Staaten Iran (16,3 %), Afghanistan (13,2 %), Irak (11,9 %) und Indien (10,1 %), die bis auf Indien auch Hauptherkunftsländer der Fluchtmigration in Deutschland während der letzten Jahre waren.

Abbildung 8-14: Ausgeschöpftes Einbürgerungspotenzial im Jahr 2020

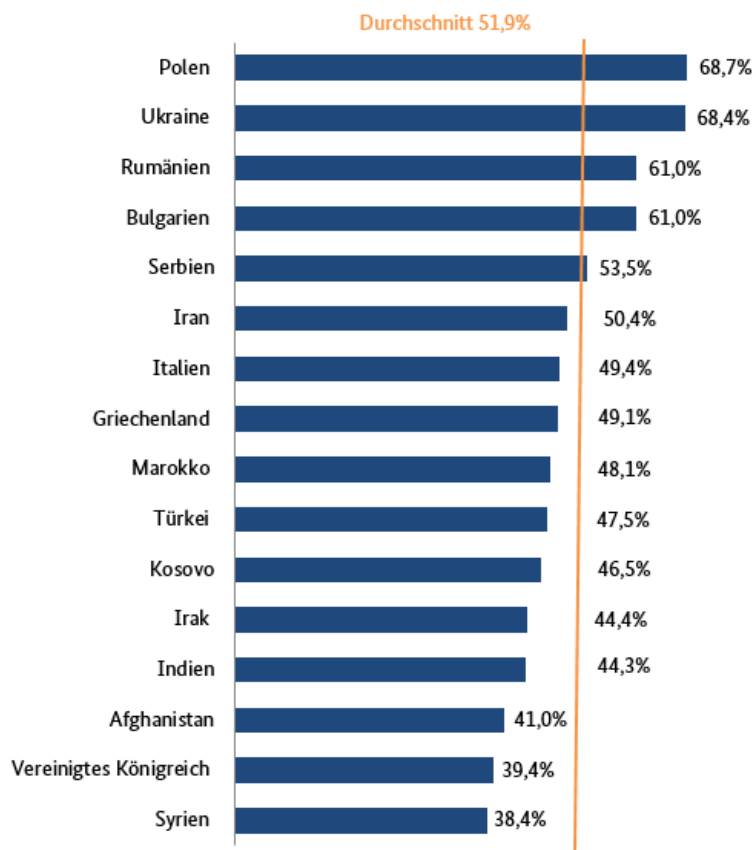


Quelle: Statistisches Bundesamt

51,9 % der eingebürgerten Personen im Jahr 2020 waren weiblich (2019: 52,2 %). Trotz des fast ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses bei den Eingebürgerten zeigen sich bei Betrachtung einzelner Herkunftsländer zum Teil deutliche Unterschiede, ähnlich wie es bei der Struktur der ausländischen Staatsangehörigen der Fall ist (vgl. Kapitel 8.1.1). So weisen etwa Eingebürgerte aus mittel- und osteuropäischen Staaten einen deutlich überproportionalen weiblichen Anteil auf. Jeweils mehr als zwei Drittel der im Jahr 2020 Eingebürgerten aus Polen (68,7 %) und der Ukraine (68,4 %) waren weiblich. Dagegen betrug der Anteil von weiblichen Personen bei Eingebürgerten aus dem Vereinigten Königreich nur 39,4 %, aus Afghanistan 41,0 % und aus Syrien 38,4 % (vgl. Abbildung 8-15).

<sup>292</sup> Nach 8 Jahren rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts in Deutschland besteht unter Erfüllung bestimmter Voraussetzungen ein Anspruch auf Einbürgerung (§ 10 Abs. 1 StAG). Das Statistische Bundesamt legt bei seiner Berechnung des ausgeschöpften Einbürgerungspotenzials eine zehnjährige Aufenthaltszeit zugrunde.

Abbildung 8-15: Anteil an weiblich Eingebürgerten im Jahr 2020



Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 8-3: Einbürgerungen im Jahr 2020 mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit

	Einbürgerungen insgesamt	darunter: mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit	
		absolut	in %
<b>Insgesamt</b>	<b>109.880</b>	<b>69.490</b>	<b>63,2%</b>
Männlich	52.875	33.915	64,1%
Weiblich	57.005	35.575	62,4%
Europa	58.690	36.000	61,3%
Darunter: EU-Staaten (inkl. des Vereinigten Königreichs)	33.235	32.865	98,9%
Afrika	11.090	6.225	56,1%
Amerika	4.995	4.030	80,7%
Asien	33.685	23.170	68,8%
Australien und Ozeanien	85	65	76,5%
Sonstige Ausprägungen	1.335	-	-
Türkei	11.630	1.145	9,8%
Syrien	6.700	6.695	99,9%
Rumänien	5.930	5.930	100,0%
Polen	5.000	5.000	100,0%
Vereinigtes Königreich	4.930	4.925	99,9%
Irak	4.770	4.535	95,1%
Italien	4.075	4.055	99,5%
Iran	3.965	3.965	100,0%
Kosovo	3.440	250	7,3%
Afghanistan	2.880	2.880	100,0%
Serbien	2.765	655	23,7%
Griechenland	2.650	2.645	99,8%
Marokko	2.320	2.320	100,0%
Ukraine	2.260	295	13,1%
Indien	2.235	60	2,7%
Bulgarien	2.040	2.040	100,0%
Pakistan	1.955	635	32,5%
Russische Föderation	1.950	315	16,2%
Vietnam	1.840	90	4,9%
Kroatien	1.805	1.805	100,0%
Ungarn	1.380	1.380	100,0%
Bosnien und Herzegowina	1.310	85	6,5%
Brasilien	1.235	1.235	100,0%
Spanien	1.205	1.195	99,2%
Thailand	1.150	1.150	100,0%
Tunesien	1.140	1.140	100,0%
Libanon	1.130	1.130	100,0%

-) Keine Angabe.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht gilt zwar der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit. Allerdings gilt dieser Grundsatz nicht uneingeschränkt, sondern lässt bei der Einbürgerung sachlich begründete Ausnahmen zu (siehe auch § 12 StAG).<sup>293</sup> Im Jahr 2020 erfolgten 63,2 % aller Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit (2019: 61,9 %) (vgl. Tabelle 8-3). Die hohe Mehrstaaterquote basiert zu einem beachtlichen Teil auf der Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Einbürgerungen von Staatsangehörigen aus EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz. 2020 kamen 47,7 % der mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit Eingebürgerten aus einem EU-Mitgliedstaat, dem Vereinigten Königreich oder der Schweiz, 2019 waren es 57,2 %.

Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz müssen gemäß § 12 Abs. 2 StAG bei der Einbürgerung ihre bisherige Staatsangehörigkeit nicht aufgeben. Diese Ausnahme vom Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit hat der Gesetzgeber mit Blick auf die weitgehende Inländergleichbehandlung der EU-Staatsangehörigen, das Ziel der europäischen Integration und auch vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Unionsbürgerschaft eingeführt. Unter den Herkunftsstaaten mit den meisten Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit befinden sich mit Rumänien (5.930), Polen (5.000), dem Vereinigten Königreich (4.925) und Italien (4.055) viele (ehemalige) EU-Staaten.

Von der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung wird auch abgesehen, wenn Personen ihre bisherige Staatsangehörigkeit nicht oder nur unter besonders schwierigen Bedingungen aufgeben können (§ 12 Abs. 1 StAG). Dies ist beispielsweise der Fall, wenn das Recht des Herkunftsstaates die Aufgabe der Staatsangehörigkeit nicht vorsieht bzw. die Entlassung regelmäßig verweigert. So ermöglichen Afghanistan, Algerien, Angola, Eritrea, Iran, Kuba, Libanon, Marokko, Nigeria, Syrien, Thailand und Tunesien in der Regel faktisch kein Ausscheiden aus ihrer Staatsangehörigkeit. Daher besteht bei mehr als 99 % der Eingebürgerten aus diesen Ländern die bisherige Staatsangehörigkeit fort. Die hierdurch bedingte Hinnahme von Mehrstaatigkeit ist also im ausländischen Recht bzw. in der dortigen Rechtspraxis begründet.

---

<sup>293</sup> Vgl. Worbs 2017.